Text der Veröffentlichung im Amtsblatt

(Dieser Text muss vor Veröffentlichung vom Oberbürgermeister unterschrieben werden.)

Absichtserklärung zur Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen

Auf der Grundlage des § 8 Absätze 2 und 4 des Straßengesetzes für das Land Sachsen Anhalt (StrG LSA) vom 06.07.1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2018, gibt die Stadt Dessau die Absicht zur straßenrechtlichen Einziehung der nachfolgend genannten öffentlichen Verkehrsflächen bekannt:

**- Otto-Reuter-Straße (westlicher Teilbereich) -
Abschnitt beginnend ca. 15 m westlich der bestehenden Grundstückseinfahrt des
Grundstückes Gemarkung Alten, Flur 1, Flurstück 58/40**

- Geh- und Radweg nördlich und südlich der Wendeschleife Otto-Reuter Straße -

Die Lage ist aus dem abgebildeten, unmaßstäblich verkleinerten und teilweise schematisierten Übersichtsplan zu ersehen.

Die Otto-Reuter-Straße ist gemäß § 51 Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrG LSA als Gemeindestraße eingestuft und steht dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung. Gemäß § 42 Abs. 1, S. 2 StrG LSA ist die Stadt Dessau-Roßlau Träger der Straßenbaulast der Otto-Reuter-Straße.

Die Otto-Reuter-Straße wurde im Zuge der Erschließung des Gewerbegebietes auf Grundlage des B-Planes Nr. 102 „Gewerbegebiet West“ gebaut. Geplant waren kleinteilige Ansiedlungen verschiedener Gewerbebetriebe. Die reale Entwicklung des Areals erfolgte jedoch zu einem Produktions- und Logistikstandort mit zwei dort ansässigen Standort prägenden Unternehmen.

In Zukunft soll sich insbesondere der westliche Bereich als ein in sich geschlossenes Gewerbeareal mit dem Schwerpunkt Pharmazie weiter etablieren können. Eine entsprechende Änderungsbebauungsplanung (B-Plan 102 A) befindet sich im Verfahren. Nach dieser Planung sollen dort zusammenhängende Gewerbeflächen geschaffen werden, so dass im westlichen Teil die Funktion der Otto-Reuter-Straße als öffentliche Straße nicht mehr erforderlich sein wird. Der im Bereich der bisherigen Wendeschleife von Nord nach Süd verlaufende Rad- und Gehweg ist als öffentliche Verkehrsfläche ebenfalls entbehrlich, da die Wegeführung außerhalb des Plangebietes erfolgen kann.

Hierfür ist das Verfahren der Einziehung nach § 8 Abs. 1 und Abs. 2 StrG LSA vorgeschrieben. Es besteht für jedermann die Möglichkeit, innerhalb von 3 Monaten, gerechnet vom Tage nach der Veröffentlichung, Einwendungen oder Hinweise vorzubringen. Einwendungen können schriftlich bei der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau, Zerbster Straße 4, in 06844 Dessau-Roßlau oder während der Dienstzeiten der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau im Tiefbauamt, Finanzrat-Albert-Straße 1, Zimmer 210, vorgebracht werden.

Stadt Dessau-Roßlau, den

Dr. Robert Reck
Oberbürgermeister

Siegel